

Obamamanie und Gaza-Frust

Widerstrebende Impulse aus Indonesiens Bevölkerung

Der neue amerikanische Präsident als Hoffnungsträger und die Propagandastrategie der Hardliner – im Wahlkampf ist alles möglich.

Nicole Weydmann

In Indonesien wurde, wie im Rest der Welt, der Politikwechsel in den Vereinigten Staaten mit großer Spannung verfolgt. Nicht nur für die Menschen in den USA ist der neue amerikanische Präsident Hoffnungsträger dafür, die Politik der Administration Bush zu einem verantwortungsvollen Ende zu bringen.

Während meines Aufenthaltes im StudentInnen-Wohnheim in Yogyakarta konnte ich die Freude miterleben, als nachts um zwei Uhr die Wecker klingelten, um die Vereidigung des ersten Präsidenten afroamerikanischer Herkunft in der Geschichte Amerikas live am Fernseher mitzuerleben und um sich gegenseitig mit tränengerührter Mine in den Armen zu liegen. Schließlich wuchs Barack Obama vier Jahre seiner Kindheit in Menteng/Jakarta auf, dem »Beverly Hills« Indonesiens. Allein schon für diese Tatsache bekommt er von der indonesischen Bevölkerung einen großen Vertrauensvorschuss und wird in der Presse liebevoll »bapak« (Vater) oder »abang« (Bruder) genannt.

Im Gegensatz zur Bush-Administration, welche die Region Südostasien weitgehend ignoriert hat, ist sich Barack Obama der wichtigen geopolitischen Position

Indonesiens als Sitz des Sekretariats der Südostasiatischen Staatengemeinschaft (ASEAN) und als Land mit dem größten muslimischen Bevölkerungsanteil (190 Millionen der 253 Millionen Einwohner bekennen sich zum Islam) bewusst.

Diese Bedeutungsaufwertung zeigt sich beispielsweise in der Entsendung der US-Außenministerin Hillary Clinton nach Indonesien, als einem ihrer ersten Staatsbesuche im neuen Amt. Hierbei ließ Obama Grüße überbringen und bestellte, er habe damals in seiner Kindheit in Jakarta gelernt, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft in Harmonie zusammenleben können. Mit dieser Aussage konnte er eindeutig Herzen bewegen, denn als Beispiel für ein friedliches, multikulturelles Volk lassen sich die Menschen hier gerne vorführen.

Auf einer anschließenden Pressekonzferenz gaben Clinton und der indonesische Außenminister Wirajuda bekannt, dass erstmals wieder amerikanische Peace Corps in Indonesien eingesetzt werden, um das gegenseitige Verständnis und die Akzeptanz Amerikas in Indonesien zu fördern. 1965 waren die von J. F. Kennedy gegründeten Friedenscorps nach nicht einmal dreijährigem Einsatz wegen Spionagevorwürfen aus Indonesien ausgewiesen worden. Weitere Themen der Außenminister waren Klimawandel, Entwicklungszusammenarbeit, der Krieg in Afghanistan und das iranische Atomprogramm – Einzelheiten hierzu wurden jedoch nicht veröffentlicht.

Die Signale der amerikanischen und indonesischen Regierungen stehen derzeit folglich eindeutig auf Annäherungskurs. Und auch große Teile der Bevölkerung hoffen durch den Politikwechsel in Amerika auf eine Entspannung der politischen Landschaft.

Der Truppenabzug aus Irak und die Schritte in Richtung Schließung des Gefangenenlagers Guantánamo auf Kuba werden in Indonesien mit großem Wohlwollen verfolgt und mit Spannung erwartet. Ob diese längst überfälligen Schritte in eine verantwortungsvollere Politik überleiten bleibt abzuwarten.

Zorn über Gaza

Diese Welle an Wohlwollen und Zustimmung gegenüber dem neuen Wind aus Amerika ist jedoch lediglich ein Teil der Wahrheit, denn derzeit vereinigen sich radikal-orthodoxe wie moderate Muslime im Zorn über die Angriffe in Gaza.

Am 27. Dezember 2008, lediglich sechs Wochen vor den Parlamentswahlen in Israel, begann die Bombardierung Gazas durch das israelische Militär. Von großen Teilen der indonesischen Bevölkerung wird die Verantwortung für diesen ungleichen Kampf auch den USA zugeschrieben – die USA sind Israels wichtigster Verbündeter.

Das Vorrücken des israelischen Militärs in dicht besiedeltes Gebiet Gazas und die Bombardierung von Zivilisten, wurde in Indonesien mit großem Entsetzen verfolgt.

Die Autorin ist im Vorstand der Südostasien Informationsstelle. Arbeitsschwerpunkt: Sicherung der Gesundheitsversorgung in Indonesien.

Seit diesem Zeitpunkt finden in ganz Indonesien Demonstrationen gegen den Angriff auf das Gaza-Gebiet statt. Mit anti-israelischen und anti-amerikanischen Bannern und Fahnen, lautem Rufen von Slogans wie »Go to hell, Israel!« und »Israel is a terrorist« demonstrieren Tausende auf den Hauptverkehrsstraßen Javas und machen hiermit ihrem Unmut über die derzeitige Situation in Gaza Luft.

Islamische Hardliner-Gruppen, wie beispielsweise die *Islam Defenders Front* (FPI) oder die *Hizbut Tahir* (HT), machen sich die derzeitige anti-israelische Stimmung der indonesischen Bevölkerung zu Nutze, um ihre Thesen zu propagieren und neue Anhänger für ihre Gruppen zu werben.



Allgegenwärtig: Aufruf zum Boykott jüdischer Produkte

Nur durch ein Kalifat, den islamischen Staat nach den Regeln der Scharia, so beteuern diese orthodox-islamischen Stimmen, könne eine endgültige Lösung in der Israel-Palästina Frage erreicht werden. So hängen inzwischen selbst an der größten Universität Indonesiens, der Gadjah Mada University in Yogyakarta, am Haus der Studentenschaft Banner mit der Forderung »Save Palestine with Kila-fah« und auf Handzetteln wird zum Boykott von Produkten amerikani-

scher Konzerne, wie beispielsweise Coca-Cola, Starbucks Coffee oder McDonald's aufgerufen – denn diese Konzerne würden den Krieg in Palästina finanzieren. Mit verblutenden Kindern und drastischen Bildern von palästinensischen Leichenbergen wird für den Boykott und die Lösung durch ein Kalifat geworben.

Ebenfalls von Seiten der FPI wurde sehr pressewirksam das Angebot inszeniert, freiwillige Jihad-Kämpfer in das Krisengebiet nach Gaza zu entsenden. Dies wurde durch die Hamas jedoch abgelehnt, vermutlich auch mit dem Wissen darum, dass diese Jihad-Kämpfer im Umgang mit dem Schwert und in Nahkampftechniken ausgebildet sind und wohl eher in einem

Krieg mit Stock und Steinen einzusetzen wären, als in einem Kampf gegen das hochgerüstete israelische Militär. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich dieses Angebot als für den Binnenmarkt bestimmte Propagandastrategie, ebenso wie die indonesischen Aufrufe zu einem Heiligen Krieg. Denn längst befindet sich Indonesien im Wahlkampf –

im April 2009 werden Parlament und Präsident neu gewählt.

Indonesiens Regierung bezieht eindeutig Position indem Präsident Susilo Bambang Yudhoyono die Angriffe auf Gaza aufs Schärfste verurteilt und drei Millionen US-Dollar Soforthilfe bereitstellte. Er lobte die Initiative vieler Gruppen Spenden für die palästinensische Bevölkerung zu sammeln, erklärte jedoch eindeutig, dass das Entsenden von Jihad-Kämpfern, Waffen, Bomben oder Raketen nicht das

wäre, was die palästinensische Bevölkerung nun zum Überleben benötige.

Seit mehr als 60 Jahren tritt die indonesische Regierung für die palästinensische Unabhängigkeit ein. Die unerschütterliche Unterstützung für die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates war und ist immer noch die Grundlage der indonesischen Außenpolitik gegenüber den Konfliktparteien und der arabischen Welt.

So wie bei den Konfliktparteien selbst inzwischen die religiösen Hardliner auf beiden Seiten des Verhandlungstisches sitzen und die Politik dominieren, werden auch in Indonesien die sonst moderaten Stimmen nun radikaler.

Gespaltenheit der Muslime

Auch wenn in Indonesien derzeit die Jihad-Säbel rasseln und die Boykottaufrufe gegen Israel und Amerika sich gegenseitig den Rang ablaufen, stellt dies wohl in keiner Form eine Bedrohung Israels dar, vielmehr für die Demokratie in Indonesien, wie die Schließung der einzigen Synagoge Indonesiens in Surabaya zeigte. Hierbei vereinten sich die zuvor schon erwähnten Hardliner der FPI mit der ansonsten gemäßigten Organisation *Nahdlatul Ulama* (NU) und versiegelten die Synagoge während einer anti-israelischen und anti-amerikanischen Demonstration. Die Synagoge solle geschlossen werden, da sich das Judentum gegen die Pancasila stelle, indem es unnötig Blut von Zivilisten in Gaza vergießt, meint Abdussomad Buchori, Sprecher der NU. Von Seiten der indonesischen Regierung gab es hierzu keine Bestrebungen, den Minderheiten Schutz zu gewähren. Die Synagoge wird seit diesem Zeitpunkt geschlossen gehalten.

Es gibt auch Stimmen, die versuchen zu vermitteln. Liberal-islamische Aktivisten versuchten kürzlich innerhalb einer Fernsehsendung Fakten und Meinungen

Foto: C. Seise

Regierung will ...

zum Gaza-Konflikt zu diskutieren, allen voran Luthfi Assyaukanie, Mitbegründer des Liberalen Indonesischen Netzwerks (Jaringan Islam Liberal). Ihnen wurde jedoch von Anhängern radikaler Gruppen mit lauten Buh-Rufen das Wort abgeschnitten und ihre Redebeiträge niedergegrölt.

Außerdem entsteht im Gegensatz zu diesen, vom Gaza-Krieg befügelten, radikalen Tendenzen, derzeit eine Koalition von moderaten Muslimen. Gegenstand der Diskussion ist die Interpretation des Korans. Einflussreiche indonesische Persönlichkeiten, als bekanntester Vertreter der ehemalige Präsident Abdurrahman Wahid, aber auch einige Leiter bedeutender Pesantren (islamische Internate), wie beispielsweise Kyai Maman, predigen pluralistische Werte und die Gerechtigkeit für alle Menschen. Sie kämpfen vor allem um die Wahrung der Bürgerrechte und die Meinungsfreiheit, in der augenblicklich radikalisierten Stimmung in Indonesien. Kürzlich trat Kyai Maman der *Partai Kebangkitan Bangsa* (PKB) bei, um dort für seine pluralistischen Ideen zu kämpfen.

Kyai Maman und andere Leiter von Pesantren solidarisierten sich mit der islamischen Strömung Ahmadiyah, welche in ihrer Doktrin so unorthodoxe Ansichten vertreten, wie beispielsweise die Re-Interpretation des Jihad als Kampf gegen die Ungläubigen mit friedlichen Mitteln, im Gegensatz zur Anschauung des Jihad als gewaltsamem militärischem Kampf.

Die Solidarisierung mit der Ahmadiyah wurde zu einem Symbol und vereinigte progressive muslimische Führer, nachdem diese Strömung letztes Jahr Gefahr lief, von der indonesischen Regierung verboten zu werden. Hierbei stellte die Solidarisierung wohl weniger eine Einigkeit über die Fragen des Glaubens und ihrer Ausübung dar, als über die Frage der Religionsfreiheit. Warum wird die Debatte um die Ahmadiyah und vergleichbarer, als häretisch



Die Propaganda zeigt ihr hässliches Gesicht.

bezeichneten Gruppen, gerade jetzt geführt? Hierfür gibt es unterschiedliche Erklärungsansätze, wie beispielsweise, die Schwäche der derzeitigen Regierung. Andere suchen Erklärungen in den hohen Nahrungsmittel- und Rohölpreisen und dem dadurch bedingten drastischen Anstieg der Armut. Oder wie Samia Dinkelaker, die Journalistin, es treffend beschreibt: »Tatsächlich ist es momentan im Trend für indonesische Politiker – auch für solche, die bisher als säkular auftraten – die »religiöse Karte« zu spielen. Sie greifen auf religiöse und ideologische Werte zurück, da sie durch ihre Institutionen den Wählerinnen und Wählern wenig Sicherheit bieten können ...«

Die augenblicklich tiefe Gespaltenheit innerhalb der Muslime läuft nicht nur durch das indonesische Volk, sondern durch die komplette arabische Welt, wie kürzlich eine Sendung des Nachrichtensenders *Al Jazeera* mit dem Titel »Arab Divide« in ihrer Berichterstattung beleuchtete. Hierin wurde deutlich herausgearbeitet, wie an der Frage, zur Haltung gegenüber dem Gaza-Konflikt, Lagerkriege innerhalb der muslimischen Kontroversen ausgetragen werden.

Obama als Hoffnungsträger

Da die Jihad-Stimmen zumindest teilweise eine Reaktion auf die ungerechte amerikanische Außenpo-

litik der letzten Jahre ist, bleibt zu hoffen, dass die Wahl Barack Obamas die Begeisterung für einen gewaltsamen Jihad bremsen kann. Wie der amerikanische Rückzug aus dem Irak gelingt, wie die Verfolgung Osama Bin Ladens und der Taliban verläuft und nicht zuletzt der Umgang mit der Israel-Palästina Frage, spielt hierbei eine wesentliche Rolle.

Foto: C. Seise

Inwieweit die Regierung Barack Obamas Druck auf Hamas und die neugewählte israelische Regierung um Benjamin Netanjahu ausüben kann, auch gegen ihren Willen aus der selbst gewählten Stagnation auszubrechen und weitere Schritte in Richtung eines Friedensabkommens zu gehen, bleibt abzuwarten. Wenn es Obamas neuer Regierung gelingt, durch verantwortungsvolles Handeln Amerika als ein Land darzustellen, welches für Werte der Demokratie und der Menschenrechte ohne doppelte Standards eintritt, werden es die Jihad-Ideologen wesentlich schwerer haben zu argumentieren und Menschen zu überzeugen.

Das Versprechen Obamas, ein neues, besseres Kapitel mit der islamischen Welt aufzuschlagen, ist zumindest eine Willensbekundung und es bleibt abzuwarten, ob er dieses Versprechen einlösen wird. Obama ist natürlich zunächst und in erster Linie Präsident der USA und wird daher die Interessen Amerikas verfolgen und wird die großen weltpolitischen Konflikte nicht durch ein Fingerschnippen lösen können. Jedoch ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch das Verfolgen rein geopolitischer Bestrebungen wesentlich besser, als die menschenverachtende Politik der Bush-Administration.